



KOMMENTARE aus dem WESTINSTITUT

■ Tag der deutschen Einheit: Nicht nur Feiern.

David Engels

In der internationalen Presse und oft genug auch den deutschen Leitmedien wird das Land zwischen Rhein und Oder gern als Fels in der Brandung chaotischer Weltpolitik präsentiert, als unbeirrter und unbeirrbarer wirtschaftlicher Motor Europas, als politischer Stabilitätsanker einer von Extremismus und Sezession bedrohten Europäischen Union. Doch dieser Eindruck täuscht: Deutschland ist politisch zerrissener denn je.

Wer heutzutage an dieser Diagnose zweifelt oder sie gar ins Reich der populistischen Propaganda verweisen will, muß sich schon arg anstrengen und vor allem die immer imposantere Datenmasse wahlweise entweder ausblenden oder zu „Fake News“ umdeklarieren. Neueste Beispiele für den Kampf, der hinter der scheinbaren Solidität der langjährigen Merkel'schen Kanzlerschaft ausgetragen wird, sind drei bezeichnende Vorfälle der letzten Tage, welche überdeutlich die innere Zerrissenheit der deutschen Nation illustrieren.

Als am 28.9. Oskar Lafontaine, der ehemalige Parteichef der „Linken“, in einem gemeinsamen Auftritt mit dem früheren Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (ex-SPD) die Kosten für eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen mit der mehr als spärlichen Versorgung der deutschen Rentner verglich und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den steuerlichen Ressourcen aufrief, tobte die linke Öffentlichkeit Deutschlands und bezichtigte Lafontaine nicht nur des Rassismus, sondern forderte ihn auch auf, unmittelbar seine politischen Ämter niederzulegen - ein klares Zeichen dafür, wie angespannt die politische Lage des Landes auch auf Seiten der linken Kräfte ist, wo identitätspolitische Fragestellungen deutlich wirtschaftspolitische überflügeln.

Redaktion:
David Engels

Nr. 1/2020
08.10.20

Die „Kommentare aus dem
Westinstitut“ sind auch
verfügbar über :
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Diese Umorientierung ist aber keineswegs nur eine innere Angelegenheit der sozialistisch, grün und sozialdemokratisch orientierten Kräfte, sondern betrifft mittlerweile auch die Christdemokraten, deren zunehmende Bewegung nach Links unter der Kanzlerschaft Angela Merkels kein Geheimnis ist. Überaus bezeichnend ist hierbei die Rede, welche Arnold Vaatz (CDU), einer der letzten aktiven DDR-Widerstandskämpfer, zum Jahrestag der deutschen Einheit im sächsischen Landtag hielt, und in der er gegen Ende wörtlich formulierte:

„Es muß möglich sein, über die Energiepolitik der Bundesregierung zu streiten. Es muß möglich sein, für die Nutzung aller Energiearten, auch der Kernenergie, einzutreten. Es muß möglich sein, die Wirklichkeitstauglichkeit unseres Risikobewußtseins zu prüfen. Es muß möglich sein, die Gefahren unserer Verschuldungspolitik abzuwägen. Es muß möglich sein, die Wirksamkeit unserer Entwicklungspolitik zu hinterfragen. Es muß möglich sein, unnütze Bürokratie beim Namen zu nennen und auch zu beseitigen. Es muß möglich sein, eine saubere Trennung von Asylpolitik einerseits und Einwanderungspolitik andererseits einzufordern. Und alles das, meine Damen und Herren, ohne an den Pranger gestellt zu werden und ohne an den Pranger zu stellen.“

Die Gefahr für die Freiheit sei heute größer denn je, erklärte Vaatz, während Abgeordnete des linken Spektrums (Linke, Grüne, SPD) aus bezeichnendem Protest gegen diese Aufforderung zum Dialog den Saal verließen, denn:

„Wenn eine Aussage, statt nach ihrem Wahrheitsgehalt danach beurteilt wird, wer das auch gesagt hat; wenn jemand seinen Job verliert, weil er mit der falschen Person an einem Tisch gesehen worden ist, dann habe ich Zweifel, daß die Freiheit von 1990 heute noch existiert.“

Solche Worte zur Feier der deutschen Wiedervereinigung in einem deutschen Landtag zeigen wohl zu Genüge, unter welchem Druck sich gegenwärtig die politische Stimmung des Landes befindet, und daß die politischen Fronten sich mittlerweile so sehr verhärtet haben, daß eine Wiederaufnahme einer friedlichen und objektiven Diskussion nur schwer möglich scheint.

Dies beweist auch der jüngste Eklat um eine vom bekannten ehemaligen ZDF-Moderator und Publizist Peter Hahne in Freiberg zur deutschen Einheit gehaltene Rede. Der bekennende Christ Hahne beklagte hier unter anderem „die Einführung einer völlig neuen Sprache zur Zementierung der Genderideologie“ und sprach sich dafür aus, auch die Positionen und Wähler der AfD nicht auszugrenzen, sondern kritisch einzubinden: „Statt ein Viertel der ostdeutschen Wähler zu verteufeln und ihnen Radikalismus vorzuwerfen, müssen Christen Brücken bauen und den zu Recht besorgten Bürgern die Ängste nehmen, statt Haß auch noch zu schüren.“ Auch hier folgte statt Versöhnung rasch der Eklat: Hahne wurde von den Grünen dem „rechten Rand des politischen Spektrums“ zugerechnet und einer Polemik bezichtigt, „die der AfD in nichts nachsteht“, und auch die SPD sah in Hahnes Auftritt wesentlich eine Bewerbung der eigenen Bücher - ein weiteres Zeichen dafür, daß der Aufruf zum dringend notwendigen Dialog zumindest von Seiten der Linken eben nicht von einer verbalen Abrüstung empfangen wird, sondern von einer bloßen

Verfestigung der eigenen Position und einer Vertiefung des politischen Abgrunds, der die Deutschen zunehmend zerteilt.

Alles in allem: Es scheint nicht gut zu stehen um die Stimmung in Deutschland, und in dem Maße, wie die sich abzeichnende wirtschaftliche Krise an Fahrt aufnehmen wird, ist wohl auch zu erwarten, daß die politischen Gräben noch weiter aufreißen werden. Dies sollte aber auch den Nachbarn Deutschlands und allen europäischen Partnern eine Lehre sein: Zum einen, eher auf Dialog statt auf ideologischen Fundamentalismus zu setzen, zum anderen, sich jetzt schon auf ein Europa vorzubereiten, in dem Deutschland als politischer und wirtschaftlicher Motor weitgehend ausfallen könnte.